

## **Der Konflikt nach dem Konflikt**

Intervention als konfliktiver Aushandlungsprozess zwischen Intervenierenden und  
Intervenierten

Sarah Riese

Verfasst für das AFK Colloquium „Macht und Konflikt“

7.-9. April 2011 in Villingst

Arbeitspapier, bitte nicht ohne Einwilligung der Autorin zitieren

Sarah Riese

FU Berlin

Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft

sriese@zedat.fu-berlin.de

Berlin, 31.03.2011

## ***Abstract:***

Das Paper versteht Interventionen in Post-Konfliktstaaten als Aushandlungsprozess zwischen unterschiedlichen Gruppierungen der Intervenierenden und Intervenierten und untersucht, wie Machtstrukturen und die Mittel und Ressourcen, die diesen Gruppierungen zur Verfügung stehen, den Prozess und seine Ergebnisse beeinflussen. In dem Maße, wie Interventionen auf sozialen und politischen Wandel abzielen vor allem auch als (versuchter) Eingriff in die Machtverhältnisse im Interventionsstaat zu verstehen sind. Soziale Akteure auf Seiten der Intervenierenden müssen sich zu diesem Ansinnen der Intervenierenden verhalten. Die Ziele, die unterschiedliche Gruppierungen verfolgen, haben dabei häufig nur zum Teil mit den eigentlichen Zielen der Intervention zu tun: Gruppierungen der Intervenierten nutzen Projekte der Intervenierenden, um ihre eigene Machtposition zu verfestigen oder auszubauen. Intervenierende Organisationen sind ebenso sehr am organisationellen Überleben wie an der Demokratisierung des Post-Konflikt-Staates interessiert. Projekte und Programme werden im Aushandlungsprozess selektiv übernommen, sie werden aus anderen Gründen übernommen als denen, von denen die Planer ausgingen, sie werden blockiert, rein symbolisch umgesetzt, oder umgangen. Die tatsächlichen Resultate einzelner Projekte und Programme der Intervenierenden lassen sich als Ergebnis eines solchen Aushandlungsprozesses verstehen. Basierend auf einer ersten Feldforschungsreise im April/Mai 2010 erörtert das Paper anhand einiger Beispiele aus Bosnien-Herzegowina, welche Akteure wie in der Lage sind, diese Prozesse in ihrem Sinne zu entscheiden und welche Mittel sie dabei einsetzen.

## 1. Einleitung

Fünfzehn Jahre nach Ende des Konflikts steht Bosnien-Herzegowina heute noch immer unter internationaler Aufsicht. Im Kosovo scheint eine tatsächliche Lösung der Statusfrage nicht in Sicht. In Afghanistan führen die Intervenierenden Krieg. Und viele andere Interventionen konnten zwar ein gewisses Maß an Sicherheit herstellen - ihre ambitionierten Ziele von Demokratisierung und Staatsaufbau haben sie aber häufig nicht verwirklichen können (Paris 2004, Zürcher et al. 2009). Diese relativ ernüchternde Bilanz wirft die Frage auf, was Intervention eigentlich überhaupt erreichen kann? Die Grundlage für eine Antwort auf diese Frage ist ein Verständnis davon, was eigentlich passiert, wenn Intervention stattfindet: um zu fragen, *ob* Intervention funktioniert, braucht man eine Idee davon, *wie* sie funktioniert. Dieses Paper schlägt vor, Intervention als einen häufig konfliktiven Aushandlungsprozess zwischen unterschiedlichen Gruppierungen der Intervenierten und Intervenierenden zu verstehen. Das Paper geht davon aus, dass Interventionen in dem Maße, wie sie auf sozialen und politischen Wandel abzielen vor allem auch als (versuchter) Eingriff in die Machtverhältnisse im Interventionsstaat zu verstehen sind. Bei denjenigen politischen Eliten, deren Machtpositionen dadurch bedroht werden, wird dieser Versuch nicht immer auf

Gegenliebe treffen. Die Ergebnisse von Interventionen sind insofern auch als Ergebnis eines Prozesses zu verstehen, in dem solche unterschiedlichen Interessen verhandelt werden (Barnett und Zürcher 2009, Narten und Zürcher 2009, Zürcher 2010, Zürcher 2011).

Das Paper beleuchtet diesen Prozess anhand von Beispielen aus Bosnien-Herzegowina.<sup>1</sup> Während Interventionen letztendlich die gesamte Post-Konfliktgesellschaft in den Blick nehmen, so liegt in diesem Paper der Fokus auf dem politischen Feld – etwa Vertreter politischer Parteien, Inhaber politischer Ämter auf verschiedenen Ebenen des bosnischen Staates, oder auch diejenigen Mitarbeiter von Verwaltung und Behörden, die direkt in die Aushandlung und Umsetzung von Peacebuilding Maßnahmen eingebunden sind. Dies ist eine der verschiedenen Gruppen, die mit der Intervention in direkten Kontakt kommen (Distler 2011, Pouligny 2006), im Fall von Peacebuilding Maßnahmen, die auf die Umgestaltung politischer Machtstrukturen abzielen, sind sie die zentralen Ansprechpartner der Intervenierenden. Analog konzentriere ich mich in Bezug auf die Intervenierenden auf diejenigen, die mit der Umsetzung solcher Reformen befasst sind – dies sind in diesem Fall vor allem die formal mandatierten Organisationen, wie etwa in Bosnien das OHR (Office of the High Representative), die EU Polizeimission, und ähnliche. Eine Vielzahl von NGOs ist ebenfalls in Interventionen involviert, sie sind jedoch meist in anderen Bereichen tätig.

Das Paper legt im Folgenden dar, inwiefern und wie Intervention als interaktiver Aushandlungsprozess zu verstehen ist. Es fragt dann, aus welchen Gründen Konflikte in der Interaktion entstehen können, und argumentiert, dass Interessenkonflikte hierbei zentral sind. Diese Interessenkonflikte werden in ihrem Kontext verständlich. Um einen Eindruck davon zu bekommen, wie Intervention funktioniert, wird innerhalb der Intervenierten wie der Intervenierenden weiter nach unterschiedlichen Interessengruppen differenziert, und nach den zur Verfügung stehenden Ressourcen gefragt sowie den praktischen Strategien, mit denen diese zum Einsatz kommen.

Zusammenfassend fallen dabei zwei Dinge ins Auge: Erstens erscheinen die Intervenierenden zumindest auf längere Sicht deutlich „machtloser“ als oft angenommen wird. Und zweitens haben die Konflikte, in die sie involviert sind, selten direkt mit den Intervenierenden zu tun. Es handelt sich dabei zumeist um Konflikte zwischen

---

<sup>1</sup> Ich gehe dabei davon aus, dass die grundlegende Dynamik andernorts ähnlich ist – viele der konkreten Konfliktlagen, und auch der Schlüsse, die daraus gezogen werden, sind aber sicherlich spezifisch für Bosnien.

unterschiedlichen Gruppierungen der Intervenierten. Die Intervenierenden werden dann zur Partei in diesen Konflikten, wenn ihr Programm diese Konflikte zu Ungunsten einer Seite zu beeinflussen droht.

## 2. Peacebuilding als Aushandlungsprozess zwischen Intervenierten und Intervenierenden

In der Forschung zu Interventionen nach Konflikten herrscht relative Einigkeit darüber, dass diese Versuche des “social engineering” gemessen an den Erwartungen der Intervenierenden nur mäßig erfolgreich sind (Chesterman 2004, Doyle und Sambanis 2000, Doyle und Sambanis 2006, Fortna 2008, Jarstad und Sisk 2008, Paris 2004, Zürcher 2006). Derjenige Teil der Literatur zum Thema, der sich mit möglichen Gründen für diese ernüchternde Bilanz auseinandersetzt, konzentriert sich vornehmlich auf Erklärungen, die direkt mit der Intervention selbst zusammenhängen. Angeführte Gründe sind beispielsweise zu wenig Ressourcen und Kompetenzen für die Intervenierenden (Chesterman 2004, Dobbins 2003, Dobbins et al. 2005, Doyle und Sambanis 2000, Doyle und Sambanis 2006, Ottaway 2002, Ottaway 2003, Roehner 2009), oder umgekehrt zu ausufernde Kompetenzen, welche die Eigenverantwortung der Intervenierten torpedieren und damit zu Abhängigkeitsverhältnissen führen (Chandler 1999, Chandler 2006, Narten 2007a, Roehner 2009). Mangelnde Koordination unter den Intervenierenden wird ebenfalls häufig als Problem angeführt (Herrhausen 2007, Newman und Rich 2004a, Paris 2009, van Tongeren 2001), oder es wird eine andere Sequenzierung von Maßnahmen vorgeschlagen (Paris 2004). Diesen Ansätzen ist gemein, dass sie sich auf die Intervention als „unabhängige Variable“ konzentrieren, die auf die Interventionsgesellschaft als „abhängige Variable“ wirkt (Daxner et al. 2010, p. 8). Explizit oder implizit wird dabei davon ausgegangen,

- a) dass Intervention auf die Interventionsgesellschaft wirkt, ohne dass diese dabei eine nennenswerte Rolle spielt. Die Intervenierten werden pathologisiert, die jüngst stattgefundenen Gewaltbelege ihren Mangel an Rationalität, sie werden entweder Patienten einer Massentherapie (Hughes und Pupavac 2005) oder zu „Spoilern“, die den Friedensprozess stören (Stedman 1997).
- b) dass die Praxis von Peacebuilding direkt aus Peacebuilding Policy folgt, und der Verlauf einer Intervention mithin empirisch an den Plänen für die einzelnen Maßnahmen und den zugehörigen Berichten abzulesen ist.

- c) dass die Ziele der Intervention von allen oder den meisten Involvierten geteilt werden (außer den oben genannten Spoilern), und dass diesen Zielen vorrangige Priorität eingeräumt wird (Barnett und Zürcher 2009, Narten und Zürcher 2009, Zürcher 2010).

Alle drei Annahmen greifen zu kurz, schon aus dem Grund, dass die Intervenierenden ihre Maßnahmen nicht alleine umsetzen können. Sie brauchen dafür Partner. Die Intervenierenden können unter Umständen auf Ebene des politischen Systems formale Änderungen herbeiführen. Ob und wie diese mit Leben gefüllt werden liegt aber kaum in ihrer Hand (de Zeeuw 2004, Ottaway 2003). Zudem ist die Umsetzung verschiedenster Reformen – seien es Reformen im Sicherheitssektor, im Bereich Bildung, oder in jedem beliebigen anderen Bereich – selten vornehmlich Sache der Intervenierenden selbst. Hier treten die politischen Organe, Verwaltungen und Behörden des Interventionsstaates in Aktion.<sup>2</sup> Und schließlich ist die Einbindung der Intervenierten im Zuge von Debatten um Ownership und Partizipation auch Grundlage der Legitimation von Interventionen nach Konflikten (Narten 2007a).

Eben weil an der Umsetzung von Peacebuilding Maßnahmen viele beteiligt sind, gibt es wenig Grund zu der Annahme, dass die tatsächliche Umsetzung den Policy Plänen entspricht. David Mosse (2005) argumentiert etwa im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, dass Policy meist eher die ex-post Rechtfertigung schon stattgefundener Praxis ist. Wenn dem so ist, dann heißt das auch, dass die Ergebnisse von Peacebuilding weniger (oder jedenfalls nicht ausschließlich) ein Resultat guter oder schlechter Planung sind, sondern vor allem der Prozess der Umsetzung selbst relevant ist.

Rückt man diesen Prozess in den Fokus, so wird man meist feststellen, dass die vielen involvierten Akteure oft mitnichten dasselbe wollen (Barnett und Zürcher 2009, Narten und Zürcher 2009, Zürcher 2010). Peacebuilding ist vor allem ein Prozess sozialen Wandels, in dem verschiedene Interessen und Perspektiven aufeinandertreffen treffen. In dem Maße, wie dies der Fall ist, ist Peacebuilding ein häufig konfliktiver Aushandlungsprozess zwischen unterschiedlichen Gruppen (Daxner 2010, Long 1992, Mosse 2005, Olivier de Sardan 2005). Sozialer und politischer Wandel beinhaltet auch unterschiedliche Ideen und Vorstellungen

---

<sup>2</sup> Ausnahmen sind vielleicht Fälle tatsächlicher Übergangsadministrationen in der Frühphase der Intervention, wo auch die Verwaltung nahezu komplett von den Intervenierenden übernommen wird. Aber selbst hier werden die Intervenierenden kaum allein agieren können.

darüber, wo Wandel hinführen soll, und dass nicht alle gleichermaßen von diesem Prozess profitieren werden. Die Ziele, welche die Beteiligten verfolgen, haben dabei häufig nur zum Teil mit den Zielen der Intervention zu tun: Gruppierungen der Intervenierten nutzen Projekte der Intervenierenden, um ihre eigene Machtposition zu verfestigen oder auszubauen (Barnett und Zürcher 2009, Narten und Zürcher 2009, Zürcher 2010, Zürcher 2011). Intervenierende Organisationen sind ebenso sehr am organisationellen Überleben wie an der Demokratisierung des Post-Konflikt-Staates interessiert (Winckler 2010). Die Resultate einzelner Peacebuilding Projekte und Programme können mithin auch als das Ergebnis eines Aushandlungsprozesses verstanden werden, in dem diese Positionen verhandelt werden.

### 3. Konflikte im Aushandlungsprozess: Unterschiedliche Interessen und unterschiedliche Wahrnehmungen

Wenn Intervenierte und Intervenierende aufeinander treffen, entsteht etwas Neues, das Bonacker et. al. (2010). treffend als Interventionskultur beschreiben. In diesem Prozess kommt es häufig zu Konflikten, die man sehr grob in zwei Bereiche teilen kann: Zum einen werden Konflikte ausgetragen, die in unterschiedlich gelagerten Interessen begründet sind. Und zum anderen kommt es durch (kulturell bedingte) unterschiedliche Wahrnehmungen zu Konflikten (Olivier de Sardan 2005).

#### *Interessen*

In Interventionen versuchen die Intervenierenden, ihr Gegenüber – in diesem Fall die politischen Eliten im Interventionsstaat – davon zu überzeugen, ein bestimmtes Programm als ihr eigenes anzunehmen und umzusetzen. Ein Kernanliegen von Intervention als Staats- und Demokratieaufbau ist es, die politischen Strukturen des Interventionsstaates umzuorganisieren. Peacebuilding will verändern, „in welcher Art und Weise Machtpositionen erstritten und verteidigt werden können“ (Free 2010, p. 55/56, siehe auch Narten und Zürcher 2009). Hier treten die Konflikte im Interaktionsprozess zwischen Intervenierenden und Intervenierten besonders deutlich zu Tage: Peacebuilding wird auf den Widerstand derjenigen politischen Eliten treffen, deren Machtpositionen durch die Reformen der Intervenierenden bedroht sind (Barnett und Zürcher 2009, Narten und Zürcher 2009, Zürcher 2010, Zürcher 2011). Christoph Zürcher et.al. bringen das mit dem „Peacebuilders‘ Contract“ prägnant auf den Punkt. Sie verstehen Peacebuilding als einen Verhandlungsprozess zwischen den Intervenierenden und den politischen Eliten des Interventionsstaates und gehen davon aus,

dass die Interessen dieser beiden Gruppen häufig in Widerspruch zueinander stehen. Nach dem Modell des „Peacebuilders‘ Contract“ wollen die Intervenierenden das Programm der Intervention umsetzen, allerdings nicht um jeden Preis: „Stabilität“ ist ihnen meist wichtiger als Demokratie, eigene Verluste sollen vermieden werden, und schließlich stehen die Intervenierenden unter Erfolgsdruck. Die politischen Eliten im Interventionsstaat hingegen sind primär am eigenen Machterhalt interessiert. Das Programm der Intervention allerdings droht, diese Machtpositionen zu untergraben, etwa, wenn sie auf klientelistischen Netzwerken beruhen, wenn ethnisch segregierte Machtstrukturen in ein multi-ethnisches System überführt werden sollen, und dergleichen mehr. Intervention hat also mit dem Dilemma zu kämpfen, dass die Intervenierenden die Kooperation von eben Denjenigen erwarten und auch benötigen, an deren Ast sie sägen. Am Ende, so die Autoren, steht häufig ein Kompromiss: Die Intervenierten setzen Reformen so weit um, wie dies ihre Machtposition nicht bedroht, und die Intervenierenden geben sich mit diesem Maß an Reformen zufrieden, solange sie dadurch von den Intervenierten „Stabilität“ garantiert bekommen und der „Erfolg“ der Mission gesichert ist.

### *Wahrnehmungen: Lost in Translation*

Konflikte können auch aus kulturellen „Missverständnissen“ entstehen. Intervention werden mindestens zweifach gedeutet: einerseits müssen die Intervenierenden selbst ihrem Handeln Sinn geben, und andererseits wird die Intervention von den Intervenierten vor dem Hintergrund ihrer eigenen Erfahrungen interpretiert (Rubinstein 2005, p. 529). Diese Interpretationen sind häufig nicht deckungsgleich. Das trifft auch für die Ziele von Interventionen zu. Heathershaw (2007, 2009) zeigt etwa für Tadjikistan, dass die Intervenierenden, die tadjikischen politischen Eliten und ländliche Gemeinden jeweils sehr unterschiedliche Vorstellungen davon haben, was Frieden bedeutet, und was mithin für Friedensförderung notwendig ist. Diese Unterschiede werden häufig dadurch verdeckt, dass die von den Intervenierenden importierte „Peacebuilding Sprache“ sich auch in Teilen der Interventionsgesellschaft durchsetzt, allerdings zumindest in Nuancen andere Dinge gemeint sind (Kalhorn 2008, p. 96/97). Diese kulturellen Unterschiede spielen zweifelsohne eine Rolle. Beispielsweise sind Konflikte darüber, wie bestimmte Arbeitsprozesse organisiert werden sollen, häufig auf solche Unterschiede zurückzuführen, ebenso wie das häufig anzutreffende beidseitige Misstrauen (Distler 2011). Kulturelle Unterschiede sollten aber auch nicht überbewertet werden. Erstens werden sie häufig rhetorisch genutzt, um bestimmten

Anliegen mehr Legitimität zu verleihen (Hüsken 2003). Und zweitens ist zumindest in Hinblick auf die Interaktion von (zumindest einem Teil) der Intervenierenden und der bosnischen politischen Eliten der kulturelle Unterschied häufig kleiner als gedacht. Im Vergleich zu Interventionen wie etwa der in Afghanistan ist der kulturelle Unterschied zwischen Bosnien und dem „Westen“ hinsichtlich der Organisation von Staat und Politik relativ gering. Und im Vergleich zu etwa Entwicklungsprojekten, wo „Entwicklungsexperten“ mit ländlichen Gemeinden interagieren, treffen hier Menschen aus ähnlichen sozialen Hintergründen aufeinander. Dies trifft besonders auf die Interaktion von Intervenierenden und der jüngeren Generation von Regierungsvertretern, politischen Beratern etc. zu – diese haben zum Beispiel häufig nicht nur dieselben Fächer studiert, sondern auch an denselben Universitäten.<sup>3</sup>

In Hinblick auf die Interaktion von Intervenierenden und den bosnischen politischen Eliten scheinen Interessenkonflikte also die größere Rolle zu spielen. Diese Interessenkonflikte werden nachvollziehbar, wenn man sie in ihrem Kontext betrachtet. Der folgende Abschnitt wendet sich diesem Kontext zu und argumentiert, dass die Umsetzung von Peacebuilding häufig schlicht dringenderen Anliegen und Verpflichtungen im Wege steht.

#### 4. Interessen, Verpflichtungen und die Nebensächlichkeit von Peacebuilding

Gerade das Agieren der Intervenierten wird, wenn es dem Programm der Intervention zuwiderläuft, häufig als irrational oder rückwärtsgewandt dargestellt (Sampson 2002). Ein Blick auf den Kontext und die Position der Akteure in diesem Kontext macht diese Verhaltensweisen jedoch häufig erklärbar. Peirce und Stubbs (2000) beschreiben ein Beispiel, auf das es sich lohnt in diesem Zusammenhang näher einzugehen. Das in Travnik in Zentralbosnien angesiedelte Projekt hatte zum Ziel, die Rückkehr von Flüchtlingen zu unterstützen, die dort heute einer ethnischen Minderheit angehören. Der Bürgermeister von Travnik erschien ausgesprochen unkooperativ, was ihm von einigen Beobachtern als nationalistisch und gegen den Vertrag von Dayton gerichtet ausgelegt wurde. Aus der Perspektive des Bürgermeisters stellte sich der Sachverhalt jedoch anders dar. Zentraler Bestandteil des Programms war die materielle Unterstützung der zurückkehrenden Flüchtlinge. In einer Gegend, wo auch der größte Teil der Mehrheitsbevölkerung aus in Armut lebenden Binnenflüchtlingen besteht, trifft ein solches Programm auf wenig

---

<sup>3</sup> Beobachtung der Autorin in Sarajevo in Banja Luka, April/Mai 2010.

Akzeptanz. Das zentrale Interesse des Bürgermeisters galt demjenigen Teil der Bevölkerung, dem er wahrscheinlich seine Wiederwahl verdanken würde. In diesem Sinne wäre es aus seiner Sicht politischer Selbstmord gewesen, das Projekt zu unterstützen (Peirce und Stubbs 2000). Das Projekt war zwar auf nationaler Ebene ethnisch ausgewogen, insofern als es Angehörige aller ethnischen Gruppen bei der Rückkehr in Gebiete unterstützte, in denen sie seit dem Krieg einer Minderheit zugehörig sind. Für die Mehrheit der Einwohner von Travnik und für den Bürgermeister war dieser Umstand verständlicherweise wenig relevant.

Dieses Beispiel illustriert einen wichtigen Punkt, wenn es um Interessen geht: Es kommt natürlich vor, dass eine bestimmte Maßnahme aufgrund politischer Überzeugungen abgelehnt wird. Viele Bürgermeister in vielen bosnischen Städten vertreten vermutlich eine ausgesprochen nationalistische Politik, die dem Ziel der Intervenierenden eines multi-ethnischen bosnischen Staates zuwider läuft. Aber davon abgesehen behindern die Projekte der Intervenierenden häufig schlicht dringendere Anliegen, Verpflichtungen und Bedürfnisse. Wenn man von diesem konkreten Bürgermeister zu irgendeinem fiktiven Bürgermeister irgendeiner bosnischen Stadt abstrahiert, kommen einem vielfältige Anliegen in den Sinn, die den Bürgermeister vermutlich dringender interessieren als die Programme der Intervenierenden. Neben seinen Wählern ist er vielleicht auch von formalen und informellen Netzwerken in seiner Partei abhängig, auf lokaler und/oder nationaler Ebene. Vielleicht hat er im Krieg gekämpft, ist nun Mitglied einer Veteranenorganisation und muss auch deren Interessen im Blick haben. Vielleicht hat sein Schwager ihm in seine aktuelle Position verholfen und erwartet im Gegenzug Loyalität. Für die Intervenierenden als professionelle „Peacebuilder“ mögen ihre Anliegen zentral sein (und das ist auch nicht immer der Fall). Ihre bosnischen Ansprechpartner haben vielfältige Verpflichtungen und Loyalitäten (vgl. Pouligny 2006). Der Bürgermeister von Travnik ist im Hauptberuf Bürgermeister, daneben ist er vielleicht Familienvater, Kriegsveteran, Parteifunktionär und einiges mehr, und gezwungenermaßen und eher nebenbei ist er auch noch „Peacebuilder“.

Darüber hinaus ist die Umsetzung von Peacebuilding Maßnahmen häufig nicht nur nicht zentral, sondern geradezu entgegengesetzt zu den Interessen der politischen Eliten im Interventionsstaat. Die transparente Besetzung von Posten in der Verwaltung untergräbt die Position derjenigen, deren Macht auf klientelistischen Netzwerken beruht und die solche Posten als Belohnung für Loyalität verwenden. Ethnische Kriterien für die Besetzung politischer Ämter zu beseitigen bedroht die Macht derjenigen, die ihre Legitimität daraus

ziehen, eine bestimmte ethnische Gruppe zu repräsentieren. Und die Privatisierung öffentlich geführter Unternehmen droht die Lebensadern derjenigen Eliten zu bedrohen, die sich bisher über eben diese Kanäle finanziert haben. Die Agenda der Intervenierenden umzusetzen ist häufig nicht im Interesse der politischen Eliten im Interventionsstaat, weil eben diese Agenda ihren Machterhalt bedroht (Barnett und Zürcher 2009, Narten 2007a, Narten und Zürcher 2009).

Die Intervenierenden hingegen stehen unter enormem Erfolgsdruck<sup>4</sup>, sowohl auf der Ebene von Organisationen, die auf Mandate und Finanzierung für weitere Missionen spekulieren (in Bezug auf NGOs Cooley und Ron 2002), wie auch auf der Ebene derjenigen Personen, die in diesen Organisationen arbeiten und auf Erfolg für die weitere Karriereplanung angewiesen sind, wie auch ganz schlicht für die persönliche Arbeitsmotivation und Zufriedenheit. Sie werden sich deshalb häufig mit Ergebnissen zufrieden geben, die als realistisch angesehen werden, aber mit den ursprünglichen Zielen der Intervention unter Umständen wenig gemein haben.

Konflikte können also vor allem in denjenigen Bereichen erwartet werden, die direkt die Positionen und die Macht der politischen Eliten im Interventionsstaat bedrohen, und die herausgehobene Bedeutung für die Intervenierenden haben. In Bosnien wären dies zum Beispiel alle diejenigen Maßnahmen, die sich gegen ethnische Separation richten. Der multi-ethnische Charakter des Staates war das ursprüngliche und zentrale Anliegen der Intervention, deren Legitimation in der Reaktion auf ethnische Säuberungen und die Desintegration des bosnischen Staates beruht. In dem Ausmaß wie diese Maßnahmen bedeuten, dass politische Gestaltungsmacht auf der zentralstaatlichen Ebene konzentriert wird, stellt dies eine direkte Bedrohung für diejenigen politischen Eliten dar, die ihre Macht aus ethnischer und entitäts-basierter Autonomie beziehen.<sup>5</sup>

---

<sup>4</sup> Erfolg ist dabei nicht unbedingt gleichzusetzen damit, ein Projekt inhaltlich erfolgreich zum Abschluss zu bringen. Erfolg beinhaltet beispielsweise häufig vor allem, bewilligte Mittel auch auszugeben.

<sup>5</sup> Das ist beileibe nicht die einzige Konfliktlinie – sie wird hier als besonders prägnantes Beispiel herausgegriffen.

## *Polizeireform*

Ein zu Bosnien viel diskutiertes Beispiel hierfür ist etwa die Polizeireform. Die vom OHR (Office of the High Representative) geplante Reform zielte darauf ab, die Polizei strukturell umzuorganisieren. Dies lief im Kern darauf hinaus, die Zuständigkeit von den Entitäten zum Zentralstaat zu verlagern (ICG 2009). Diese Reform berührte gerade in der Republika Srpska (RS) zentrale Interessen der politischen Eliten. Die Verlagerung der Zuständigkeiten hätte erstens die Republika Srpska eines zentralen Elements potentieller Eigenstaatlichkeit beraubt. Und zweitens spielte die Polizei als solche in Bosnien eine zentrale Rolle für den Machterhalt der politischen Eliten. Sie war Ressource für Macht und Einkommen (Bieber 2006, p. 19, Gromes 2007, p. 271): Alle drei Seiten nutzten die Polizei für Überwachung und politische Kontrolle nach Innen, sie bildete ein Auffangbecken für politisch loyale demobilisierte Soldaten, und die politische Kontrolle über die Polizei (und die Justiz) bildete die Grundlage für die Selbstbereicherung der politischen Eliten (ESI 1999, p. 5-6). In den Augen gerade der politischen Eliten in der Republika Srpska gab es bei dieser Reform also viel zu verlieren (Muehlmann 2007).

Der Hohe Repräsentant konnte die Reform in diesem Fall nicht aufkotroyieren, da die Zentralisierung der Polizei nicht durch das Abkommen von Dayton gedeckt war (Donais 2006). Um der Reform Gewicht zu verleihen, wurde sie in den Forderungskatalog der EU für ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit Bosnien-Herzegowina aufgenommen<sup>6</sup> (ESI 2007). Über einen Prozess von mehreren Jahren (von 2005 bis Ende 2007) entspann sich ein Kräftemessen zwischen vor allem der Regierung der Regierungspartei der Republika Srpska (SNSD) und dem OHR, in dessen Verlauf mehrere hochrangige Politiker zeitweise zurücktraten (ICG 2005), und unterschiedliche Ultimaten gesetzt, Pläne ausgehandelt und verworfen wurden. Die SNSD boykottierte zeitweise die gesamtstaatlichen Institutionen und drohte mit einem Unabhängigkeitsreferendum in der RS, der Hohe Repräsentant seinerseits drohte mit der Entlassung unkooperativer Politiker und mit Gesetzesänderungen, welche die ethnischen Vetorechte auf gesamtstaatlicher Ebene ausgehöhlt hätten (Evenson 2009, ICG 2009). Am Ende stand ein Kompromiss, der darin bestand, dass die sechs Parteien den Prinzipien der Reform prinzipiell zustimmten, die Umsetzung aber vertagten. Damit war den

---

<sup>6</sup> Hierbei sei angemerkt, dass die Polizeireform auch ein exzellentes Beispiel dafür ist, wie politisch „technische“ Kriterien häufig sind: Die Reform wurde vom OHR vor allem mit dem Verweis auf „Europäische Standards“ begründet. In der EU sind zentralisierte Polizeistrukturen aber mitnichten Standard – siehe Deutschland – was durchaus auch den bosnischen Entscheidungsträgern bewusst ist.

Forderungen der EU auf symbolischer Ebene Rechnung getragen (das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen wurde auf dieser Grundlage 2008 auch unterzeichnet), in der Substanz hat es allerdings keine gravierenden Veränderungen gegeben (Džihic 2009, p. 361, ICG 2009).

### *Staatseigentum*

Doch nicht immer liegen die Probleme nur im Thema selbst begründet – mitunter werden Themen auch genutzt, um eine Agenda zu befördern, die mit dem eigentlichen Sachverhalt nicht unbedingt besonders viel zu tun hat. Ein Beispiel hierfür ist die noch anhaltende Debatte um staatliches Eigentum, die Bosnien-Herzegowina vom jugoslawischen Staat geerbt hat und wo bisher ungeklärt ist, was den Entitäten und was dem Zentralstaat zufällt. Dieses Thema wurde von den Intervenierenden zunächst für relativ wenig konfliktbeladen gehalten. Die Klärung dieser Eigentumsrechte wurde 2008 in die Liste von Konditionen aufgenommen, die erfüllt sein müssen, damit das OHR schließt. Diese Liste reflektierte einigen Beobachtern<sup>7</sup> zufolge weniger die vom OHR als zentral angesehenen Themen, als vielmehr die Einschätzung dessen, was innerhalb eines Jahres zu erreichen sei. In Bezug auf die tatsächliche Nutzung von Regierungsgebäuden etc. gibt es tatsächlich auch keine nennenswerten Probleme: Auch Gebäude, die sich aktuell de facto in Entitätshand befinden, werden gesamtstaatlichen Institutionen zur Verfügung gestellt, wenn diese sie nutzen möchten (ICG 2011). Dass aus dieser Reform dennoch ein Problem wurde, liegt zu nicht geringem Anteil schlicht an der Tatsache, dass das OHR diese Reform in den Forderungskatalog mit aufgenommen hat, und an dem Zeitpunkt, zu dem dies geschah. Mit der Aufnahme in den Forderungskatalog hat das Thema öffentlich an Prominenz gewonnen. Gleichzeitig hat es zumindest symbolisch im Streit um Zentralstaat oder Entitäten Relevanz. Gleichzeitig hat sich ob der antizipierten Schließung des OHR der Konflikt zwischen den Befürwortern eines starken Zentralstaates und den Verfechtern starker Entitäten verschärft – die einen versuchen, noch rechtzeitig mit internationaler Rückendeckung Fakten zu schaffen, während die anderen versuchen, eben dies zu verhindern. Und schließlich nutzt gerade die RS das Thema offensichtlich auch, um dem OHR seine eigene Machtlosigkeit zu demonstrieren: Im Herbst 2010 wurde in der RS ein Gesetz erlassen, dass alles auf dem Gebiet der RS befindliche, nicht bewegliche öffentliche Eigentum der RS zuschlägt (Balkan Insight 2010). Dies steht in direktem Widerspruch zu einem Erlass des OHR von 2005, dass an diesen

---

<sup>7</sup> Interviews der Autorin in Sarajevo, Mai 2010.

Eigentumsrechten keine Veränderungen vorgenommen werden dürfen, bis es auf staatlicher Ebene ein Gesetz gibt, das den Sachverhalt klärt (Tirak 2010). Mit diesem Konflikt, und mit der zentralen Stellung, die das OHR dem Thema eingeräumt hat, wurden die Hinterlassenschaften Jugoslawiens zum schier unlösbaren Problem. Das Thema ist aktuell nach wie vor auf der Tagesordnung – es ist allerdings wahrscheinlich, dass das OHR auf einer Lösung nicht mehr bestehen wird (ICG 2011).

Während im Fall der Polizei die Reform direkt zentrale Machtinteressen berührte, so ist im Fall des Staatseigentums die konkrete Reform eher Anlass, um die übergeordnete Fragen der Zukunft der Intervention in Bosnien und des Charakters des bosnischen Staates nach Ende der Intervention zu verhandeln. In beiden Fällen ist der Konflikt zwischen Intervenierenden und Intervenierten jedoch maßgeblich auf einen innerbosnischen Konflikt zurückzuführen: das Verhältnis von Entitäten, ethnischer Autonomie und dem Zentralstaat. Mit der Polizeireform haben die Intervenierenden versucht, direkt in diesen Konflikt einzugreifen. In der Debatte um das Staatseigentum geht es zum einen zumindest symbolisch um die „Insignien“ von Eigenstaatlichkeit und damit um dasselbe Thema. Zum anderen spiegelt sich in diesem Konflikt zwischen RS und OHR aber eine schon länger andauernde Auseinandersetzung wider, in der das OHR und seine Politik als einseitig die Interessen der Bosniaken unterstützend wahrgenommen wird. Die beiden hier geschilderten Beispiele beziehen sich vor allem auf Konflikte zwischen der Regierung der RS und dem OHR.<sup>8</sup> Daran wird auch deutlich, dass innerhalb der Intervenierten wie Intervenierenden näher spezifiziert werden muss, wer genau welche Interessen vertritt und mit wem in Konflikt gerät.

## 5. Wer interagiert?

Weder Interveniente noch Intervenierende sind homogene Gruppen. Auf beiden Seiten lassen sich eine Vielzahl von Gruppierungen mit unterschiedlichen Perspektiven auf die Reformen der Intervenierenden ausmachen. Diese variieren von Thema zu Thema und über Zeit, sie agieren nicht notwendigerweise als Gruppe sondern sind hier über ihre gemeinsamen Interessen definiert (Bierschenk 1988, Bierschenk und Olivier de Sardan 1997, Olivier de Sardan 2005). Der Fokus auf die involvierten Gruppen und ihre Interessen hilft zu verstehen, wie solche Peacebuildingmaßnahmen von den Adressaten an- und aufgenommen werden. Er

---

<sup>8</sup> Damit soll nicht nahe gelegt werden, dass dies die einzig relevante Konfliktlinie wäre – es ist aber aktuell die virulenteste.

lenkt damit den Fokus weg von den Intervenierenden und hin zu denjenigen Gruppen, die von diesen Maßnahmen profitieren sollen, oder jedenfalls mit ihnen umgehen müssen.

Auch mit der Eingrenzung auf die „Peacebuilder“ vor Ort und die politischen Eliten bleibt das Spektrum an Akteuren und Interessen groß. Das zeigt sich an einem ersten Blick auf einige der relevanten Akteursgruppen in Bosnien. In den oben genannten Beispielen schon angesprochen waren die drei konstitutiven Nationalitäten in Bosnien, die nach wie vor eine klar unterschiedliche Politik verfolgen. Allerdings ist das politische Spektrum auf allen drei Seiten heute deutlich ausdifferenzierter als in den ersten Jahren nach dem Krieg, so dass nicht mehr global von „den“ politischen Vertretern der Bosniaken/Kroaten/Serben gesprochen werden kann. Inzwischen konkurrieren innerhalb der drei ethnischen Gruppen jeweils mehrere Parteien. Vor diesem Hintergrund ist die Frage, wie man sich zu den zentralen Vorhaben der Intervenierenden positioniert häufig auch ein Mittel, um sich gegenüber Konkurrenten abzugrenzen und zu positionieren. Beispielsweise scheiterte eine Verfassungsreform im April 2006 im Parlament sehr knapp an den Stimmen einer jüngst gegründeten Abspaltung der bosnisch-kroatischen Partei HDZ (der HDZ 1990), sowie der schon kurz nach Dayton entstandenen bosniakischen Partei SBiH (für Bosnien Herzegowina) (ICG 2007). Dies lässt sich vor allem hinsichtlich der HDZ 1990 auch mit dem Interesse begründen, sich gegenüber der HDZ abzugrenzen und sich damit als Partei eine „Existenzberechtigung“ zu verschaffen.<sup>9</sup>

Zudem wird hinsichtlich der Intervenierten in Bosnien beispielsweise häufig in „Profis“ einerseits, und die „politischen Ebene“ andererseits unterschieden.<sup>10</sup> Die Polizisten, Militärs etc. (sowie das Fachpersonal in Ministerien oder Parlamentsausschüssen), so die Argumentation, wollten vor allem ihre Arbeit gut machen und dementsprechend die dafür notwendigen Voraussetzungen schaffen. Ihr Interesse gelte demnach primär der Professionalisierung ihres Arbeitsumfeldes. Auf der „politischen Ebene“ stünden dagegen eher Fragen ethnischer Machtverteilung etc. im Vordergrund. Die Interessen seien hier demnach weniger auf den konkreten Bereich – etwa die Polizeiarbeit – gerichtet, sondern eher darauf, wie sich die Reform der Polizei auf das Kräfteverhältnis politischer Gruppierungen

---

<sup>9</sup> Interview der Autorin mit einem internationalen Analysten in Sarajevo, 03.05.2010.

<sup>10</sup> Interviews der Autorin in Sarajevo und Banja Luka, April/Mai 2010. Diese Unterscheidung wurde sowohl von Vertretern der Intervenierenden wie auch der Intervenierten getroffen, wie auch von engen Beobachtern des Prozesses.

auswirkt. Die Vorschläge der Intervenierenden würden dementsprechend eher auf der Ebene der „Profis“ auf Zustimmung treffen, aber von den „Politikern“ torpediert werden.

In Bezug auf die Intervenierenden wäre etwa zwischen den verschiedenen Organisationen zu unterscheiden, die neben unterschiedlichen Organisationskulturen auch unterschiedliche aber sich häufig überschneidende Mandate haben und geneigt sind, politische Entwicklungen vor dem Hintergrund ihres eigenen Schwerpunktthemas – Menschenrechte, Demokratisierung, Sicherheit, etc. zu interpretieren (Narten 2007b). Danach richten sich dann auch die Zielsetzungen ihrer Programme, bzw. ihrer Reaktionen auf die politischen Entwicklungen vor Ort aus.

Eine weitere Gruppe, die in Bosnien häufig als relevant genannt wird, ist die der „EU Leute“. Damit sind nicht nur auf die Mitarbeiter der EU Delegation gemeint, sondern generell alle, die als EU Vertreter wahrgenommen werden. Zum einen sind dies häufig Personen, die ihre weitere Karriere eher in Brüssel sehen als etwa in einer anderen Peacebuilding Mission. Zum anderen sind damit aber vor allem diejenigen gemeint, die Verfechter eines „EU Zugangs“ zu Peacebuilding sind. Dieser Zugang will den Druck durch das OHR mit Anreizen durch den EU Annäherungsprozess ersetzen und favorisiert einen eher „technischen“ Prozess der Implementierung von Reformen entlang klarer Maßnahmenkataloge (Džihic 2009, p. 94/95).<sup>11</sup> Die Auseinandersetzung zwischen dem EU-Zugang und dem „traditionellen“ Peacebuilding-Zugang zieht sich quer durch die verschiedenen Organisationen und ist einer der bestimmenden Faktoren in der Debatte um die Zukunft des OHR – diejenigen, die den EU Zugang favorisieren, dringen auf eine zügige Schließung des OHR, während andere eher auch auf längere Sicht am OHR festhalten wollen.

Führt man sich diese diversen Interessenlagen vor Augen, so stellt man fest, dass sie häufig nur am Rande mit den eigentlichen Inhalten von Peacebuilding zu tun haben. Zudem sind auch hier wieder viele Konflikte primär zwischen unterschiedlichen Akteursgruppen innerhalb der Intervenierten bzw. Intervenierenden angesiedelt. Sie haben dann aber Auswirkungen auf die Interaktion von Intervenierten und Intervenierenden: Wenn bosnische Parteien eine Verfassungsreform blockieren, um damit innenpolitisch an Profil zu gewinnen, dann geht das auch die Intervenierenden an, deren Reformvorhaben zu scheitern droht. Wenn

---

<sup>11</sup> Die Zuschreibung „Brüssel Leute“ kam in mehreren persönlichen Konversationen während meines Aufenthaltes in Bosnien im Frühjahr 2010 zur Sprache.

die Intervenierenden sich um die Zukunft des OHR streiten, dann hat dieser Konflikt auch für die Intervenierten enormes Gewicht, gerade da das OHR bestimmte Positionen (diejenigen, die den Zentralstaat stärken wollen) eher unterstützt als andere.

## 6. Ressourcen und Strategien

Wie werden nun diese Auseinandersetzungen zwischen Intervenierten und Intervenierenden geführt? In den Versuchen ihre jeweiligen Interessen umzusetzen oder zu wahren greifen Intervenierte wie Intervenierende auf verschiedenste materielle wie immaterielle Ressourcen zurück. Dabei fällt auf, dass zumindest längerfristig die Intervenierten einen klaren Heimvorteil genießen. Daneben, und neben dem engen Netz an Verpflichtungen und Machtbeziehungen, in dem Intervenierende und Intervenierte agieren, gibt es jedoch auch einigen Spielraum. Konflikte sind sowohl Ausdruck von an unterschiedliche soziale Positionen geknüpften Interessen, wie auch von persönlichen Strategien (Bierschenk und Olivier de Sardan 1997).

Eine zentrale Ressource ist beispielsweise Information. Um sich zu positionieren und auf Sachverhalte zu reagieren, müssen sowohl Intervenierte wie auch Intervenierende über die Entwicklungen „auf der anderen Seite“ im Bilde sein. Ein Großteil der Aktivitäten des OHR besteht insofern daraus, Informationen darüber zu sammeln und aufzubereiten, was bei den Intervenierten gerade passiert. Das passiert einerseits informell, bei Abendessen oder anderen Gelegenheiten. Und andererseits sind mehrere Mitarbeiter des OHR hauptamtlich damit beschäftigt, den Sitzungen von Parlamenten, Ausschüssen, und früher auch Zentral-, Entitäts- und Lokalregierungen beizuwohnen.<sup>12</sup> Auch in der Konkurrenz unter den Intervenierenden spielt die Fähigkeit, „up to date“ zu sein, eine Rolle: Große Botschaften seien in der Lage, überall gleichzeitig zu sein und insofern zu jedem Thema Stellung zu beziehen – kleinen fehlt dazu das Personal.<sup>13</sup>

Eine weitere zentrale Ressource ist Legitimität, da beide Seiten ihr Handeln begründen und rechtfertigen müssen (Narten und Zürcher 2009, Steffek 2003). Die Intervenierenden sind damit unter Zeitdruck, denn die Legitimität der Intervention schwindet mit der Zeit, wenn die großen Erwartungen an die Intervenierenden nicht erfüllt werden, und gleichzeitig

---

<sup>12</sup> Interviews der Autorin mit OHR Mitarbeitern in Sarajevo, Mostar und Banja Luka, sowie mit Mitarbeitern von Parlamentsausschüssen in Sarajevo, April/Mai 2010.

<sup>13</sup> Interview der Autorin, Mai 2010. Und: „Manpower“ wird in der Literatur häufig als ein zentraler Faktor dargestellt, jedoch meist ohne zu spezifizieren wozu. Dies wäre eine der möglichen Varianten.

Forderungen nach Eigenständigkeit lauter werden (Narten 2007a, Talentino 2007). Das lässt sich in Bosnien in den letzten Jahren nahezu mustergültig beobachten. Zum einen scheint die Notwendigkeit internationalen Peacebuildings nicht mehr so dringlich. Die zentralen Reformen, die durch die Intervenierenden angestoßen wurden und tatsächlich spürbare Veränderungen herbeiführten, liegen nun schon eine Weile zurück. Dabei handelte es sich um so grundlegende Dinge wie die gemeinsame Währung, oder die Einführung nicht-ortsgebundener Nummernschilder, die einen enormen Zuwachs an Bewegungsfreiheit mit sich brachte. Beide Reformen fanden in den ersten Jahren nach Interventionsbeginn statt. Die Probleme, die in den Augen der Bevölkerung heute zentral sind, liegen vor allem im wirtschaftlichen Bereich – in diesem Bereich hat die Intervention aber bisher nicht zu so gravierenden Verbesserungen geführt wie von vielen erhofft. Die Erwartungen daran, was die Intervention noch leisten kann, sind mithin gering (Oxford Research International 2007). Zum anderen wird seit einigen Jahren von politischen Akteuren verstärkt Eigenverantwortung eingefordert. Obwohl der Hohe Repräsentant auch früher nicht sonderlich beliebt war, so wurde seine Entscheidungsgewalt doch als legitim akzeptiert. Heute werden diese Entscheidungen gerade in der RS oft nur noch zögerlich umgesetzt – dass sie nun nicht mehr im Amtsblatt der RS veröffentlicht werden, ist als klarer Angriff auf die Legitimität des OHR zu verstehen.<sup>14</sup>

Soziales Kapital im Bourdieu'schen Sinne ist ebenfalls wichtig. Dass „veze“ (Verbindungen) im bosnischen politischen System zentral sind um Einfluss nehmen zu können wird gerade in Bosnien in jeder Kaffeepause diskutiert. Die Arbeitsweise der Intervenierenden ist in dieser Hinsicht allerdings häufig nicht wesentlich anders (see Hüsken 2003). Finanzielle Ressourcen sind wichtig in verschiedener Hinsicht: Als Mittel zur „Bestechung“, als Belohnung, als Grundlage, um „Kapazitäten“ aufzubauen, und ganz allgemein, um die vielfältigen Maßnahmen der Intervenierenden zu finanzieren. Und schließlich verfügen die Intervenierenden häufig (zu unterschiedlichem Maße) über Mittel, die sie nutzen können, oder drohen können zu nutzen, um die Intervenierenden zur Umsetzung der Peacebuilding Agenda zu zwingen – im Falle Bosniens wären das die „Bonn Powers“, die dem OHR erlauben, Gesetze zu erlassen und politische Repräsentanten zu entlassen, sowie die militärische Komponente der Intervention<sup>15</sup>.

---

<sup>14</sup> Interview der Autorin in Bosnien Herzegowina, Mai 2010.

<sup>15</sup> Erst IFOR (Implementation Force), dann SFOR (Stabilisation Force), dann die EU geführte EUFOR.

Bei dieser sicher unvollständigen Aufzählung fällt auf, dass diese Ressourcen zumindest längerfristig deutlich zum Nachteil der Intervenierenden verteilt sind. Häufig werden die Intervenierenden als die mächtigste involvierte Gruppe dargestellt. Und in der Tat spielen ökonomische Ressourcen sowie Zwangsmittel in die Hände der Intervenierenden. Aber erstens ist unsicher, ob und unter welchen Umständen die Intervenierenden bereit sind, diese Ressourcen zu nutzen – tatsächlich scheinen sie hierbei häufig eher zurückhaltend zu agieren (Barnett und Zürcher 2009). Hinsichtlich Informationen und dem Zugang zu Netzwerken (mit Ausnahme der internen Peacebuilding Netzwerke) haben die Intervenierten meist einen klaren Heimvorteil. Und zusätzlich kriegen die Intervenierenden mit der Zeit ein Legitimitätsproblem. Man kann also davon ausgehen, dass die Intervenierten gerade längerfristig in einer deutlich besseren Verhandlungsposition sind als häufig angenommen.

Wann und wie diese Ressourcen eingesetzt werden hängt von den praktischen Strategien der Beteiligten ab.<sup>16</sup> Einige dieser Strategien sind allgemein bekannt, und tauchen explizit in Mandaten, Projektplänen und ähnlichem auf. Das wären etwa Versuche, die Kapazität der Intervenierten, Reformen zu implementieren zu steigern, oder die Möglichkeit, Reformen durch die Mittel von Übergangsadministrationen aufzuoktroieren. Aber davon abgesehen kristallisieren sich beim näheren Hinsehen eine Vielzahl weiterer Strategien heraus. Die Intervenierenden und Intervenierten versuchen zum Beispiel häufig, sich gegenseitig zu erpressen. So kam den Intervenierenden bei der Verteidigungsreform zu gute, dass kurz davor im Zuge der „Orao Affäre“ bekannt wurde, dass militärisches Material unter Involvierung diverser hochrangiger Militärs und Politiker illegal in den Irak verkauft wurde (ICG 2007, Pietz 2006, Vetschera und Damian 2006). Das machte die an der Verteidigungsreform beteiligten politischen Repräsentanten erpressbar – in den Worten eines meiner Interviewpartner war die ihnen angebotene Entscheidung eine zwischen „schwedischen Gardinen oder rotem Teppich“<sup>17</sup>. Andersherum sind die häufig geäußerten (und oft auch wahrgemachten) Drohnungen verschiedener Seiten, die Organe des Zentralstaates durch ihren Rückzug zu blockieren, auch als Erpressung zu verstehen. Das OHR steht dann vor der Wahl, entweder wieder selbst zu regieren, oder die Intervention zu einem Fehlschlag zu erklären.

---

<sup>16</sup> Dabei ist es an dieser Stelle unerheblich, ob Strategien das Ergebnis verinnerlichter Strukturen und eines praktischen Sinns sind (Bourdieu 1977, Bourdieu 1987, Bourdieu 1998), oder Ergebnis rationaler und expliziter Kosten-Nutzen überlegen, oder beides. Gemeint sind die „lines of coherence which the observer can deduce based on empirical observation“ (Olivier de Sardan 2005, p. 151, note 1)

<sup>17</sup> Interview der Autorin in Sarajevo, Mai 2010.

Mitunter unternehmen beide Seiten auch Versuche, im „gegnerischen Lager“ einzelne Personen für ihre Sache zu gewinnen („Maulwürfe“), etwa wenn vor wichtigen Parlamentssitzungen einzelne Parlamentarier von internationalem Personal intensiv „gebriefft“ werden. Sie versuchen auch, die andere Seite zu delegitimieren, wahlweise deren Positionen oder die Personen selbst, etwa über Korruptionsvorwürfe. Das gilt in beide Richtungen, ein Beispiel zur Illustration ist die Auseinandersetzung zwischen Milorad Dodik (bis Oktober 2010 Premierminister der Republika Srpska, nun ihr Präsident) und Transparency International, die sich gegenseitig abwechselnd mit Korruptionsvorwürfen und Klagen überziehen (Alic 2008, Balkan Insight 2009).

Diese Beispiele geben einen Eindruck davon, was passiert, wenn Intervention stattfindet: Unterschiedliche Gruppen mit häufig konträren Interessen treten in Interaktion miteinander und müssen aushandeln, wie die diese Interessen im späteren Ergebnis einer Reform widerspiegelt werden. Dabei spielen sowohl ihre Ausgangsvoraussetzungen eine Rolle als auch, was sie aus dieser Situation machen. Das Ergebnis ist meist ein Kompromiss, der einige, aber nicht alle Interessen aller Involvierten widerspiegelt.

## 7. Die Ergebnisse des Prozesses

Im Prozess der Implementierung wird Peacebuilding also üblicherweise vom Kurs abweichen. Peacebuilding Projekte werden „zweckentfremdet“, um anderen Zielen zu dienen als denen, die ursprünglich angenommen wurden. Als „Paket“ gedachte Reformen werden auseinandergerissen, weil einige Aspekte den Intervenierten nützlich erscheinen, andere nicht (Olivier de Sardan 2005, p. 144/45). Sie treffen auf Widerstand, werden umgangen oder nur symbolisch und oberflächlich implementiert. In diesem Sinne kann erwartet werden, dass der Prozess der Implementierung von Peacebuilding Maßnahmen üblicherweise in einen Kompromiss mündet, der einige, aber nicht alle Interessen der Intervenierenden und Intervenierten reflektiert (Barnett und Zürcher 2009, Narten und Zürcher 2009, Zürcher 2010). Die schon genannte Polizeireform ist ein Beispiel für einen solchen Kompromiss, der in diesem Fall allerdings deutlich zugunsten vor allem der RS ausgegangen ist. Auch in der Frage des Staatseigentums ist wahrscheinlich, dass am Ende eine Zwischenlösung stehen wird, die einerseits an den bestehenden Regelungen nichts Grundlegendes ändern wird, es andererseits aber dem OHR erlaubt, die Sache für einigermaßen erfolgreich erledigt zu erklären.

Dass Peacebuilding Maßnahmen üblicherweise an dem Punkt Halt machen (müssen), wo Machtinteressen berührt werden, wird auch in der Art und Weise deutlich, wie Peacebuilding unter den Intervenierenden in Bosnien und den Beobachtern des Prozesses diskutiert wird. Viele der Beteiligten wie auch der Beobachter von Intervention in Bosnien nehmen hinsichtlich der Erfolgsaussichten von Peacebuilding Maßnahmen eine klare Zweiteilung vor. Projekte und Programme, die auf der „technischen“ Ebene angesiedelt sind, werden als deutlich erfolgsversprechender beurteilt als solche, die „politischer“ Natur sind.

In der Tat zeigt sich, dass Programme, die auf Ausbildung, Kapazitäten und die Professionalität von Verwaltungen etc. abzielen häufig erfolgreicher sind als Versuche, in die übergeordneten politischen Strukturen einzugreifen. Auch hierfür ist die Reform der Polizei ein Beispiel: In den ersten Jahren nach Dayton konzentrierten sich Maßnahmen zur Polizeireform vornehmlich auf diesen Bereich (Collantes Celador 2006, Muehlmann 2007). Nach umfangreichen Trainings- und Ausrüstungsprogrammen gilt die Polizei heute als im europäischen Vergleich durchaus erfolgreich und professionell in der Verbrechensbekämpfung (ESI 2007). Sie ist eine derjenigen bosnischen Institutionen, denen von der Bevölkerung am meisten Vertrauen entgegengebracht wird (Oxford Research International 2007). Der Versuch, die politische Struktur der Polizei umzuorganisieren, schlug allerdings gründlich fehl.

Aus den größeren Erfolgsaussichten „technischer“ Reformen mag auch der weit verbreitete Appell rühren, sich auf eben solche zu konzentrieren. Themen würden aus dem Ruder laufen, sobald sie „politisiert“ würden.<sup>18</sup> Dass lässt sich übersetzen nach: Sie werden genutzt um Machtinteressen zu verhandeln, die mit dem eigentlichen Gegenstand der Reform relativ wenig zu tun haben. Die resultierende Forderung ist demnach häufig, Maßnahmen in möglichst kleine, konkrete und technische Schritte zu zerlegen, die dann einer nach dem anderen abgearbeitet werden könnten – das wäre Peacebuilding durch Häkchen auf der To Do Liste setzen. Die Resultate „technischer“ Reformen sind allerdings häufig genau das – technisch. Die nach wie vor offenen politischen Fragen erscheinen durch diesen Zugang kaum lösbar.

---

<sup>18</sup> Interviews der Autorin, Sarajevo/Mostar/Banja Luka, April/Mai 2010.

## 8. Fazit: Die Selbstüberschätzung der Intervenierenden

Das Paper hat argumentiert, dass Intervention als häufig konfliktiver Aushandlungsprozess zwischen Intervenierten und Intervenierenden zu verstehen ist. Um zu verstehen, wann und wie Intervention wirkt, muss man näher hinsehen: Wer hat ein Interesse daran, dass bestimmte Reformen umgesetzt werden, wer nicht? Welche Interessen und Verpflichtungen spielen außerdem eine Rolle? Und was tun die involvierten Akteure, wenn sie miteinander in „Verhandlung“ treten?

Gerade zwischen den Intervenierenden und den politischen Eliten des Interventionsstaates entstehen Konflikte dabei vor allem, wenn Intervention die Machtbasis der politischen Eliten zu untergraben droht. In diesen Fällen scheinen die Intervenierenden zumindest auf lange Sicht meist am kürzeren Hebel zu sitzen: Sie können bestimmte Reformen fördern und manchmal formale Änderungen auch aufoktroyieren – die Umsetzung in der Substanz liegt jedoch nicht in ihrer Hand. Das heißt nicht, dass Intervention gar keine Auswirkungen hat: Die Intervention in Bosnien hat neben so grundlegenden Dingen wie einem Mindestmaß an Sicherheit auch maßgeblich zur Professionalisierung verschiedenster staatlicher Behörden und Organe beigetragen. Die grundlegenden politischen Konflikte wurden auf diesem Wege jedoch nicht gelöst. Auf ebendiese politischen Konflikte zwischen bosnischen Akteursgruppen sind auch die Konflikte zwischen den bosnischen politischen Eliten und den Intervenierenden zurückzuführen. Zumindest in den hier betrachteten Beispielen hat Intervention weniger eigene Konflikte produziert, sondern wurde zum Faktor in bestehenden internen Konflikten. Um die Rolle, und die Macht der Intervenierenden einschätzen zu können, genügt es also nicht, nur die Intervenierenden und das „Design“ der Intervention selbst zu betrachten. Um den Prozess von Intervention zu verstehen, müssen aber der politische Kontext, in dem sie stattfindet, die Interessen und Perspektiven der Intervenierenden und die Wege, wie diese verhandelt werden, mit in den Blick genommen werden.

## 9. Verwendete Literatur

- Alic, Anes (2008). *Bosnia: Corruption watchdog under fire*. Zürich: ETH Zürich. Online verfügbar unter <http://www.isn.ethz.ch/isn/layout/set/print/content/view/full/73?id=88583&lng=en&ots591=488CAA0-B3DB-1461-98B9-E20E7B9C13D4>, letzter Zugriff am 18.12.2009.
- Balkan Insight (2009). *Bosnian Serbs Spent €5 Million on Lobbyists*. In: "Balkan Insight", 11.11.2009. Online verfügbar unter <http://www.balkaninsight.com/en/main/news/23575/>, letzter Zugriff am 11.11.2009.
- Balkan Insight (2010). *Bosnian Serbs Slammed Over 'State Property Grab'*. In: "Balkan Insight", 16.09.2010. Online verfügbar unter <http://old.balkaninsight.com/en/main/news/30537/>, letzter Zugriff am 17.10.2010.
- Barnett, Michael und Christoph Zürcher (2009). *The peacebuilder's contract: how external statebuilding reinforces weak statehood*. In: Roland Paris und Timothy Sisk (eds.), *The Dilemmas of Postwar Statebuilding: Confronting the Contradictions of Postwar Peace Operations*. London and New York: Routledge, S. 23-52.
- Bieber, Florian (2006). *After Dayton, Dayton? The Evolution of an Unpopular Peace*. In: *Ethnopolitics*, vol. 5, no. 1, S. 15-31.
- Bierschenk, Thomas (1988). *Development Projects as Arenas of Negotiation for Strategic Groups. A case study from Bénin*. In: *Sociologia Ruralis*, vol. XXVIII, no. 2/3, S. 146-60.
- Bierschenk, Thomas und Jean-Pierre Olivier de Sardan (1997). *ECRIS: Rapid Collective Inquiry for the Identification of Conflicts and Strategic Groups*. In: *Human Organization*, vol. 56, no. 2, S. 238-44.
- Bonacker, Thorsten, Michael Daxner, Jan H. Free und Christoph Zürcher (eds.) (2010). *Interventionskultur. Zur Soziologie von Interventionsgesellschaften*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bourdieu, Pierre (1977). *Outline of a Theory of Practice*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bourdieu, Pierre (1987). *Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1998). *Practical Reason. On the Theory of Action*. Stanford: Stanford University Press.
- Chandler, David (1999). *Faking Democracy After Dayton*. Londong: Pluto Press.
- Chandler, David (2006). *Peace without Politics? Ten Years of International State-Building in Bosnia*. New York: Routledge.
- Chesterman, Simon (2004). *You, the People - The United Nations, Transitional Administration, and State-Building*. New York: International Peace Academy.
- Collantes Celador, Gemma (2006). *Police Reform: Peacebuilding through 'Democratic Policing'?* In: David Chandler (ed.), *Peace Without Politics? Ten Years of International State-Building in Bosnia*. New York: Routledge, S. 58-70.
- Cooley, Alexander und James Ron (2002). *The NGO Scramble. Organizational Insecurity and the Political Economy of Transnational Action*. In: *International Security*, vol. 27, no. 1, S. 5 - 39.
- Daxner, Michael (2010). *Das Konzept von Interventionskultur als Bestandteil einer gesellschaftsorientierten theoretischen Praxis*. In: *Interventionskultur. Zur Soziologie von Interventionsgesellschaften*: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 75-100.

- Daxner, Michael, Jan H. Free, Thorsten Bonacker und Christoph Zürcher (2010). *Einleitung*. In: Thorsten Bonacker, Michael Daxner, Jan H. Free und Christoph Zürcher (eds.), *Interventionskultur. Zur Soziologie von Interventionsgesellschaften*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- de Zeeuw, Jeroen (2004). *Projects Do Not Create Institutions*. The Hague: Netherlands Institute for International Relations 'Clingendael', Conflict Research Unit.
- Distler, Werner (2011). *Die Bedingungen der Intervention: Interaktion in einer Ausnahmesituation*. In: Thorsten Bonacker, Michael Daxner, Jan H. Free und Christoph Zürcher (eds.), *Interventionskultur. Zur Soziologie von Interventionsgesellschaften*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 119-40.
- Dobbins, James (2003). *America's role in nation-building : from Germany to Iraq*. Santa Monica, CA: RAND. Online verfügbar unter <http://www.rand.org/publications/MR/MR1753/>, letzter Zugriff am 05.10.2006.
- Dobbins, James , Seth G. Jones, Keith Crane, Andrew Rathmell, Brett Steele, Richard Teltschik und Anga Timilsina (2005). *The UN's Role in Nation-Building. From the Congo to Iraq*. Santa Monica: RAND Corporation.
- Donais, Timothy (2006). *The limits of post-conflict police reform*. In: Michael A. Innes (ed.), *Bosnian Security After Dayton. New perspectives*. New York: Routledge, S. 173-90.
- Doyle, Michael W. und Nicholas Sambanis (2000). *International Peacebuilding: A Theoretical and Quantitative Analysis*. In: *American Political Science Review*, vol. 94, no. 4, S. 779 - 801.
- Doyle, Michael W. und Nicholas Sambanis (2006). *Making War and Building Peace: United Nations Peace Operations*. Princeton: Princeton University Press.
- Džihčić, Vedran (2009). *Ethnopolitik in Bosnien-Herzegowina: Staat und Gesellschaft in der Krise*. Baden-Baden: Nomos.
- ESI (1999). *Reshaping international priorities in Bosnia and Herzegovina. Part One: Bosnian Power Structures*. Berlin and Sarajevo: European Stability Initiative. Online verfügbar unter [http://www.esiweb.org/pdf/esi\\_document\\_id\\_4.pdf](http://www.esiweb.org/pdf/esi_document_id_4.pdf), letzter Zugriff am 06.10.2009.
- ESI (2007). *The worst in class. How the international protectorate hurts the European future of Bosnia and Herzegovina*, no. 98. Berlin: European Stability Initiative.
- Evenson, Kristie (2009). *Bosnia and Herzegovina: Statebuilding and Democratization in the Time of Ethnic-Politics and International Oversight*. In: *Taiwan Journal of Democracy*, vol. 5, no. 1, S. 93-125.
- Fortna, Virginia Page (2008). *Peacekeeping and Democratization*. In: Anna Jarstad und Timothy Sisk (eds.), *From War to Democracy. Dilemmas of Peacebuilding*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 39-79.
- Free, Jan H. (2010). *Wege zu einer Soziologie moderner Friedenseinsätze*. In: Thorsten Bonacker, Michael Daxner, Jan H. Free und Christoph Zürcher (eds.), *Interventionskultur. Zur Soziologie von Interventionsgesellschaften*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 49-74.
- Gromes, Thorsten (2007). *Demokratisierung nach Bürgerkriegen. Das Beispiel Bosnien und Herzegowina*. Frankfurt: Campus.
- Heathershaw, John (2007). *Peacebuilding as Practice: Discourses from Post-Conflict Tajikistan*. In: *International Peacekeeping*, vol. 14, no. 2, S. 219-36.
- Heathershaw, John (2009). *Post-Conflict Tajikistan. The politics of peacebuilding and the emergence of legitimate order*. New York: Routledge.

- Herrhausen, Anna (2007). *Coordination in United Nations Peacebuilding - A Theory-Guided Approach*. Discussion Papers. Berlin: WZB.
- Hughes, Caroline und Vanessa Pupavac (2005). *Framing Post-conflict Societies: international pathologisation of Cambodia and the post-Yugoslav states*. In: *Third World Quarterly*, vol. 26, no. 6, S. 873-89.
- Hüsken, Thomas (2003). *Der Stamm der Experten: Chancen und Probleme der interkulturellen Kommunikation und des interkulturellen Managements in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit*. Sozialanthropologische Arbeitspapiere, no. 97. Berlin: FU Berlin, Institut für Ethnologie.
- ICG (2005). *Bosnia's Stalled Police Reform: No Progress, No EU*. Europe Reports, no. 164. Sarajevo/Brussels: International Crisis Group.
- ICG (2007). *Ensuring Bosnia's Future: A New International Engagement Strategy*. Europe Report, no. 180. Sarajevo/Brussels: International Crisis Group.
- ICG (2009). *Bosnia's Incomplete Transition: Between Dayton and Europe*. Europe Reports, no. 198. Sarajevo/Brussels: International Crisis Group. Online verfügbar unter <http://www.crisisgroup.org/en/regions/europe/balkans/bosnia-herzegovina/198-bosnias-incomplete-transition-between-dayton-and-europe.aspx>, letzter Zugriff am 20.11.2009.
- ICG (2011). *Bosnia: Europe's Time to Act*. Europe Briefing. Sarajevo/Istanbul/Brussels: International Crisis Group. Online verfügbar unter <http://www.crisisgroup.org/~media/Files/europe/B59%20Bosnia%20-%20Europes%20Time%20to%20Act.ashx>, letzter Zugriff am 12.01.2011.
- Innes, Michael A. (ed.) (2006). *Bosnian Security After Dayton. New perspectives*. Routledge: New York.
- Jarstad, Anna und Timothy Sisk (eds.) (2008). *From War to Democracy: Dilemmas of Peacebuilding*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kalhorn, Hannah (2008). *Demokratie in der Schule - Schülervertretungen in Bosnien und Herzegowina*. Magisterarbeit thesis at the Fachbereich Erziehungswissenschaften und Psychologie, Freie Universität Berlin.
- Long, Norman (1992). *From paradigm lost to paradigm regained? The case for an actor-oriented sociology of development*. In: Norman Long und Ann Long (eds.), *Battlefields of knowledge. The interlocking of theory and practice in social research and development*. London: Routledge, S. 16-46.
- Long, Norman und Ann Long (eds.) (1992). *Battlefields of Knowledge. The interlocking of theory and practice in social research and development*. London: Routledge.
- Mosse, David (2005). *Cultivating Development: An Ethnography of Aid Policy and Practice*. Ann Arbor: Pluto Press.
- Muehlmann, Thomas (2007). *Police Restructuring in Bosnia-Herzegovina: Problems of Internationally-Led Security Sector Reform*. In: *Journal of Intervention and Statebuilding*, vol. 1, no. Special Supplement, S. 37-64.
- Narten, Jens (2007a). *Dilemmas of Promoting Local Ownership: Statebuilding in Postwar Kosovo*. *Statebuilding after Civil War: The Long Road to Peace*. Research Partnership on Postwar Statebuilding. Online verfügbar unter [www.statebuilding.org](http://www.statebuilding.org), letzter Zugriff am 05.06.2008.
- Narten, Jens (2007b). *In Need of Self-Reflection: Peacebuilding in Post-War Kosovo from a Systems-Analytical Perspective*. In: *The Whitehead Journal of Diplomacy and International Relations*, vol. 8, no. 1, S. 121-32. Online verfügbar unter [http://diplomacy.shu.edu/academics/journal/resources/journal\\_dip\\_pdfs/journal\\_of\\_diplomacy\\_vol8\\_no1/10-Narten.pdf](http://diplomacy.shu.edu/academics/journal/resources/journal_dip_pdfs/journal_of_diplomacy_vol8_no1/10-Narten.pdf), letzter Zugriff am 02.10.2008.

- Narten, Jens und Christoph Zürcher (2009). *Peacebuilding is Interaction. Explaining the Outcomes of Postwar Democratic Transitions*. Verfasst für 2009 APSA Annual Meeting, Toronto, 03-06 September 2009.
- Newman, Edward und Roland Rich (2004a). *Introduction: Approaching democratization policy*. In: Edward Newman und Roland Rich (eds.), *The UN Role in Promoting Democracy: Between Ideals and Reality*. Tokyo, New York, Paris: United Nations University Press, S. 1-31.
- Newman, Edward und Roland Rich (2004b). *The UN Role in Promoting Democracy. Between Ideals and Reality*. New York: United Nations University Press.
- Olivier de Sardan, Jean-Pierre (2005). *Anthropology and Development. Understanding Contemporary Social Change*. London: Zed Books.
- Ottaway, Marina (2002). *Rebuilding State Institutions in Collapsed States*. In: *Development and Change*, vol. 33, no. 5, S. 1001 - 23.
- Ottaway, Marina (2003). *Promoting Democracy After Conflict: The Difficult Choices*. In: *International Studies Perspectives*, vol. 2003, no. 4, S. 314-22.
- Oxford Research International (2007). *The Silent Majority Speaks. Snapshots of Today and Visions of the Future of Bosnia and Herzegovina*. Online verfügbar unter <http://www.undp.ba/upload/News/The%20Silent%20Majority%20Speaks%20Report.pdf>, letzter Zugriff am 03.07.2010.
- Paris, Roland (2004). *At War's End. Building Peace after Civil Conflict*. Cambridge UP.
- Paris, Roland (2009). *Understanding the Coordination Problem in Post-War Statebuilding*. In: Roland Paris und Timothy Sisk (eds.), *The Dilemmas of Statebuilding: Confronting the Contradictions of Postwar Peace Operations*. London and New York: Routledge, S. 53-78.
- Paris, Roland und Timothy Sisk (eds.) (2009). *The Dilemmas of Statebuilding: Confronting the Contradictions of Postwar Peace Operations*. London and New York: Routledge.
- Peirce, Philip und Paul Stubbs (2000). *Peacebuilding, Hegemony and Integrated Social Development: The UNDP in Travnik*. In: Michael Pugh (ed.), *Regeneration of War-Torn Societies*. London: Macmillan Press, S. 157-76.
- Pietz, Tobias (2006). *Overcoming the failings of Dayton: defense reform in Bosnia-Herzegovina*. In: Michael A. Innes (ed.), *Bosnian Security After Dayton. New perspectives*. New York: Routledge, S. 155-72.
- Pouliny, Béatrice (2006). *Peace Operations Seen from Below. UN Missions and Local People*. Bloomfield: Kumarian Press.
- Pugh, Michael (ed.) (2000). *Regeneration of War-Torn Societies*. London: Macmillan Press.
- Reychler, Luc und Thania Paffenholz (eds.) (2001). *Peacebuilding. A Field Guide*. Boulder: Lynne Rienner Publishers.
- Roehner, Nora (2009). *Mission Intrusiveness and Democratic Outcomes*. Verfasst für APSA Annual Meeting, Toronto, September 3-6 2009.
- Rubinstein, Robert A. (2005). *Intervention and Culture: An Anthropological Approach to Peace Operations*. In: *Security Dialogue*, vol. 36, no. 4, S. 527-44. Online verfügbar unter <http://sdi.sagepub.com/cgi/content/abstract/36/4/527>, letzter Zugriff am 25.08.2008.
- Sampson, Steven (2002). *Weak States, Uncivil Societies and Thousands of NGOs. Western Democracy Export as Benevolent Colonialism in the Balkans*. Lund: Department of Social Anthropology, Lund University. Online verfügbar unter [http://www.anthrobase.com/Txt/S/Sampson\\_S\\_01.htm](http://www.anthrobase.com/Txt/S/Sampson_S_01.htm), letzter Zugriff am 01.10.2010.

- Stedman, Stephen (1997). *Spoiler Problems in Peace Processes*. In: *International Security*, vol. 22, no. 2, S. 5-53.
- Steffek, Jens (2003). *The Legitimation of International Governance: A Discourse Approach*. In: *European Journal of International Relations*, vol. 9, no. 2, S. 249-75. Online verfügbar unter <http://ejt.sagepub.com/content/9/2/249>, letzter Zugriff am 13.09.2010.
- Talentino, Andrea Kathryn (2007). *Perceptions of Peacebuilding: The Dynamic of Imposer and Imposed Upon*. In: *International Studies Perspectives*, vol. 8, no. 2, S. 152-71. Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1111/j.1528-3585.2007.00278.x> letzter Zugriff am 23.01.2009.
- Tirak, Goran (2010). *The Bosnian Hiatus: A Story of Misinterpretations*. Policy Brief. Centre for European Policy Studies. Online verfügbar unter <http://ceps.eu/book/bosnian-hiatus-story-misinterpretations>, letzter Zugriff am 07.02.2011.
- van Tongeren, Paul (2001). *The Challenge of Coordination and Networking*. In: Luc Reyehler und Thania Paffenholz (eds.), *Peacebuilding: A Field Guide*. Boulder: Lynne Rienner, S. 510-19.
- Vetschera, Heinz und Matthieu Damian (2006). *Security sector reform in Bosnia and Herzegovina: The role of the international community*. In: *International Peacekeeping*, vol. 13, no. 1, S. 28-42 letzter Zugriff am 08.12.2009.
- Winckler, Joel Gwyn (2010). *Weltorganisationen in Aktion. Globale Ordnung und deren Umsetzung im Rahmen prekärer lokaler Umwelten am Beispiel von VN-Friedensinterventionen*. Verfasst für Workshop "Weltorganisationen", Bielefeld, 25.-26.11.2010.
- Zürcher, Christoph (2006). *Is More Better? Evaluating External-Led State Building After 1989*. CDDRL Working Papers. Stanford: Center on Democracy, Development, and the Rule of Law, Stanford Institute on International Studies. Online verfügbar unter <http://cddrl.stanford.edu>
- Zürcher, Christoph (2010). *Der verhandelte Frieden: Interventionskultur und Interaktion in Nachkriegsgesellschaften*. In: Thorsten Bonacker, Michael Daxner, Jan H. Free und Christoph Zürcher (eds.), *Interventionskultur. Zur Soziologie von Interventionsgesellschaften*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 19-30.
- Zürcher, Christoph (2011). *Who Wants Democracy? Explaining Postwar Democratic Transitions*. In: *Journal of Democracy*, vol. 22, no. 1.
- Zürcher, Christoph, Sarah Riese und Nora Roehner (2009). *External Democracy Promotion in Post-Conflict Zones. Evidence from Case Studies*. In: *Taiwan Journal of Democracy*, vol. 5, no. 1, S. 241-59. Online verfügbar unter <http://www.tfd.org.tw/english/tjd.php>, letzter Zugriff am 09.03.2010.